

Kommentare

Zu Großbritannien

Kein Luxus-Austritt

Von unserem Berliner Korrespondenten ANDREAS HERHOLZ

Immerhin, ein Hauch von Vernunft und Realismus scheint in London noch vorrätig zu sein. Der Verzicht der Briten auf die Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2017 ist die logische Folge der Brexit-Entscheidung. Ein Festhalten daran wäre eine Farce und für die scheidenden Partner inakzeptabel gewesen.

Doch scheint auch die neue britische Regierung den Ernst der Lage für das Königreich wie für Europa nicht wirklich realisiert zu haben. Der Auszug der Briten aus dem europäischen Haus wird beide Seiten schwächen. Anders als beim Referendum von den Brexit-Befürwortern vorgegaukelt, wird es schwere, vor allem wirtschaftliche Nachteile geben, aber kaum Vorteile. Wenn die neue Regierungschefin Theresa May jetzt als ersten Antrittsbesuch Berlin und Kanzlerin Angela Merkel gewählt hat, mag dahinter das Kalkül stecken, hier eine Verbündete für eine besondere Beziehung zwischen Brüssel und London auch in Zukunft jenseits des Austritts zu haben. Doch sollte man sich in der Downing Street keinen Illusionen hingeben. Eine Partnerschaft nach dem Muster „Raus aus der EU, Pflichten abgeben, aber Privilegien behalten“ kann es nicht geben. Faire Austrittsverhandlungen ja, aber kein Austritt de Luxe, der andere mögliche Nachahmer auf den Plan rufen und die Spaltung der Union weiter vorantreiben würde. Wer den Brexit will, muss auch mit den Folgen leben.

Zu den Rentenvorschlägen der IG Metall

Kaum zu finanzieren

Von unserem Berliner Korrespondenten RASMUS BUCHSTEINER

Der Renten-Wahlkampf ist eröffnet. Im April waren der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer und SPD-Chef Sigmar Gabriel vorgeprescht und hatten eine Stabilisierung des Rentenniveaus ins Gespräch gebracht. Das Vorhaben stößt zumindest bei Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), die sonst eigentlich immer für großzügige Versprechen in Sachen Rente zu haben ist, auf wenig Gegenliebe. Doch nun legt die IG Metall ein Konzept auf den Tisch. Es sieht eine Anhebung des Rentenniveaus vor und würde deshalb, legt man das Jahr 2030 zugrunde, zu Mehrkosten in zweistelliger Milliardenhöhe führen.

Auf Unternehmen wie Arbeitnehmer würden erhebliche Beitragssatzsteigerungen zukommen, falls das Konzept umgesetzt wird. Wären sie auch bereit, diesen Preis zu bezahlen? Die Reaktionen der Arbeitgeber fallen ablehnend aus. Aber auch die heute sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürften wenig Freude bei dem Gedanken empfinden, dass ihr Rentenbeitrag bald auf 12,5 Prozent oder mehr steigt. Schon jetzt sind es gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die unter der Last der Sozialbeiträge besonders ächzen. Das Versprechen auf eine Wiederanhebung des Rentenniveaus mag verlockend sein. Es würde jedoch nahezu alle Reformen der Alterssicherung der vergangenen 15 Jahre konterkarieren.

Ausland

Prowestlicher Journalist ermordet

Kiew (dpa). Bei einem Anschlag mit einer Autobombe ist der prowestliche Journalist Pawel Scheremet in der Ukraine ermordet worden. Der Sprengsatz im Wagen des 44-Jährigen explodierte gestern im Zentrum der Hauptstadt Kiew, als der gebürtige Weißruss zur Arbeit fahren wollte. Generalstaatsanwalt Juri Luzenko kritisierte den Mord als Versuch, das vom Krieg gegen prorussische Separatisten erschütterte Land weiter zu destabilisieren.

Erstschläge gegen Südkorea geprobt

Seoul (dpa). Nordkorea hat nach eigener offizieller Darstellung mit seinen jüngsten Raketentests Präventivschläge gegen südkoreanische Häfen und vom US-Militär benutzte Fluglandeplätze simuliert. Das berichtete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA gestern. Staatsoberhaupt Kim Jong Un habe die Militärlösung persönlich beaufsichtigt. Auch wenn bei KCNA kein Datum für die Tests genannt wird, geht es dabei höchstwahrscheinlich um drei ballistische Raketen, die am Dienstag in Richtung Japanisches Meer abgefeuert worden waren.

Richterin vereidigt



Das Bundesverfassungsgericht hat eine neue Richterin: Bundespräsident Joachim Gauck vereidigte gestern die Göttinger Juraprofessorin Christine Langenfeld im Berliner Schloss Bellevue. Die 53-Jährige löst im Zweiten Senat Herbert Landau ab, der die Grenze von 68 Jahren erreicht hat. Das Bild zeigt (v. l.) Landau, Langenfeld und Gauck. Bild: dpa

Arbeitsmarktreform in Frankreich

Parlament umgangen

Paris (dpa). Nach monatelangem Streit um die Arbeitsmarktreform hat die französische Regierung auch die Schlussabstimmung darüber im Parlament umgangen. Angesichts der Widerstände im eigenen sozialistischen Lager griff Premierminister Manuel Valls gestern in der Nationalversammlung wie erwartet auf eine Sonderregel in der Verfassung zurück. Damit

Bundestagsabgeordnete Petra Hinz



Elf Jahre lang saß die Essenerin Petra Hinz für die SPD im Bundestag. Nun legt sie ihr Mandat nieder, nachdem herausgekommen ist, dass sie ihren Lebenslauf in wesentlichen Punkten gefälscht hat. Bild: dpa

Abitur, Studium und Examen für Lebenslauf frei erfunden

Essen (dpa). Seit elf Jahren hat Petra Hinz für die SPD im Bundestag gesessen. Die vermeintliche Karriere der 54-Jährigen war unaufrichtig: Abitur, Jura-Studium, Examen, Job, Lokalpolitik und dann 2005 der Sprung in den Bundestag. Nun kommt heraus: Der wesentliche Teil ihres Lebenslaufes ist gefälscht.

Gestern zog die Abgeordnete aus Essen die Konsequenzen und kündigte an, ihr Mandat niederzulegen. Die Politikerin, die mit 18 in die SPD eintrat, hat weder das Abitur gemacht noch hat sie von 1985 bis 1995 Jura studiert. Sie hat auch kein erstes und zweites Staatsexamen in Jura abgelegt. Doch all diese Stationen sind in ihrer Vita auf der Internetseite des Bundestags aufgeführt.

Die SPD reagierte entsetzt – nicht nur im ohnehin von Skanda-

len gebeutelten Unterbezirk Essen, sondern auch in der Berliner Bundestagsfraktion. Groß ist die Überraschung, dass es eine Hochstaplerin in ihren Reihen bis in den Bundestag schaffte. Dabei seien Abitur und Studium gerade bei den Sozialdemokraten traditionell keine Eintrittsvoraussetzung für die Politik, betonen SPD-Politiker.

Ein knappes Jahr vor der Landtagswahl in NRW kommt die Affäre zur schlechten Zeit für die Sozialdemokraten. Entsprechend schnell forderten SPD-Politiker Hinz zum sofortigen Rücktritt auf. „Wir alle sind schockiert, dass Petra Hinz nun 30 Jahre lang eine falsche Biografie aufgetischt hat“, sagte NRW-Justizminister Thomas Kutschky als Chef des SPD-Unterbezirks Essen. Auch die Bundestagsfraktion machte Druck.

Hinz selbst war gestern abgetaucht, ließ lediglich zwei Erklä-

rungen über ihren Anwalt verbreiten. Den Grundstein für ihre Lebenslüge legte sie demnach mit der falschen Angabe, dass sie 1984 ihr Abitur gemacht habe. Tatsächlich machte sie im Jahr 1983 an einem Wirtschaftskolleg ihr Fachabitur. Doch das schlechte Gewissen schien Hinz jahrelang zu plagen. Sie war bereits über 30 Jahre alt, als sie Mitte der 90er-Jahre nach Angaben ihres Anwalts auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachholen wollte, um „so zumindest einen Teil ihrer biografischen Falschangaben zu heilen“. Damals war Hinz bereits Mitglied im Essener Stadtrat. Aus Zeitgründen gab sie die Schule aber wieder auf.

Die Lebenslüge begleitete Hinz, bis sie 2005 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. In all den Jahren habe sie nicht den Mut aufgebracht, für ihr Fehlverhalten geradestehen, sagte der Anwalt.

Dorothea Hülsmeier

Keine Zweifel bei SPD-Parteikollegen

Essen (dpa). Offenbar hat kein Parteikollege je an den angeblichen Karrierestationen von Petra Hinz gezweifelt. Als sie vor wenigen Tagen ankündigte, dass sie nicht mehr bei der Bundestagswahl 2017 kandidieren werde und auch ihr Amt als Stellvertretende Essener Parteichefin abgebe, zeigte sich NRW-Minister Thomas Kutschky

noch überrascht. „Ich bedaure ihren Rückzug sehr“, erklärte er.

In diesem Zusammenhang kam aber auch heraus, dass es zuvor einen anonymen „offenen Brief“ an die Essener SPD gegeben hatte, in dem Hinz Mobbing in ihrem Berliner Bundestagsbüro vorgeworfen wurde. Hinz wies diesen als „verleumderische Diffamierung“ zu-

rück. Hinz kam, dass das Essener Stadtmagazin „Informer“ Wind von dem gefälschten Lebenslauf bekam und kritische Fragen an Hinz stellte. Daraufhin kündigte die SPD-Politikerin ihren Rückzug aus der Bundes- und Lokalpolitik an. Nun fiel auch das Lügengerüst in sich zusammen.

Ausland

Prowestlicher Journalist ermordet

Kiew (dpa). Bei einem Anschlag mit einer Autobombe ist der prowestliche Journalist Pawel Scheremet in der Ukraine ermordet worden. Der Sprengsatz im Wagen des 44-Jährigen explodierte gestern im Zentrum der Hauptstadt Kiew, als der gebürtige Weißruss zur Arbeit fahren wollte. Generalstaatsanwalt Juri Luzenko kritisierte den Mord als Versuch, das vom Krieg gegen prorussische Separatisten erschütterte Land weiter zu destabilisieren.

Erstschläge gegen Südkorea geprobt

Seoul (dpa). Nordkorea hat nach eigener offizieller Darstellung mit seinen jüngsten Raketentests Präventivschläge gegen südkoreanische Häfen und vom US-Militär benutzte Fluglandeplätze simuliert. Das berichtete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA gestern. Staatsoberhaupt Kim Jong Un habe die Militärlösung persönlich beaufsichtigt. Auch wenn bei KCNA kein Datum für die Tests genannt wird, geht es dabei höchstwahrscheinlich um drei ballistische Raketen, die am Dienstag in Richtung Japanisches Meer abgefeuert worden waren.

Asylsuchende

Rückkehrer-Zahl steigt deutlich an

Düsseldorf (lnw/gl). Immer mehr Asylsuchende kehren gezwungenermaßen oder freiwillig in ihre Heimat zurück. Auch NRW dringt stärker auf schnelle Abschiebung und unterstützt Rückkehrer. In diesem Jahr wird sich die Zahl der freiwilligen Ausreisen abgelehnter oder chancenloser Flüchtlinge voraussichtlich verdoppeln. Dennoch würden in NRW überdurchschnittlich viele Ausreisepflichtige beherbergt, bemängelte die CDU-Opposition gestern in Düsseldorf.

Nach Angaben der Bundespolizei konnten im ersten Halbjahr 11 000 Flüchtlinge aus NRW freiwillig zurückgeführt werden – etwa ebenso viele wie im gesamten Jahr 2015 (11 500). Laut NRW-Innenministerium nahmen 8356 freiwillige Rückkehrer ein bundesweites Hilfsprogramm in Anspruch. In 2652 weiteren Fällen organisierte und finanzierte das Land NRW die Ausreise in die Heimat.

Auch die Zahl der zwangsweisen Abschiebungen aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland ist stark gestiegen – von 1342 in den ersten fünf Monaten 2015 um rund 62 Prozent auf 2167 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Der Anstieg der absoluten Zahlen in allen Ländern täuscht aus Sicht der CDU-Opposition in NRW darüber hinweg, dass NRW im Vergleich dennoch zurückgefallen sei. Während in den Jahren 2010 bis

2014 noch jede vierte Abschiebung aus NRW abgewickelt worden sei, sei es nun knapp jede fünfte, kritisierte der Vize-Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper (Rietberg). Dabei falle die Ablehnungsquote durchaus hoch aus: Im ersten Halbjahr 2016 seien in NRW gut 38 Prozent von 50 000 Entscheidungen über Asylanträge negativ beschieden worden.

Besorgniserregend sei darüber hinaus, dass NRW mit rund einem Viertel einen überdurchschnittlichen Anteil aller Ausreisepflichtigen ohne Duldung beherberge: rund 13 000 von bundesweit mehr als 51 000. Dies dürfe sich nicht verstärken. Auch die Quote der offiziellen Duldungen sei in NRW überdurchschnittlich hoch: Von von rund 59 000 Ausreisepflichtigen (Stand 31. Mai 2016) hätten 78 Prozent eine Duldung erhalten. In Bayern liege die Quote bei 61 Prozent, in Hamburg nur bei 25 Prozent.

Kuper bemängelte zudem, dass es bei der Flüchtlingskostenerstattung durch das Land an die Kommunen zu gravierenden Ungerechtigkeiten komme. Grund sei, dass die pauschal 10 000 Euro je Flüchtling nicht nach tatsächlich zugewiesener Asylbewerberzahl überwiesen werden, sondern nach einem Schlüssel, der sich aus Einwohnerzahl und Fläche der Kommune zusammensetzt.

Inland

Ernährungstipps zum Schulobst

Berlin (dpa). Regelmäßige Portionen Obst, Gemüse und Milch sollen bald an vielen deutschen Schulen mit pädagogischen Angeboten zu Lebensmitteln ergänzt werden. Ziel sei, Kindern die Landwirtschaft näherzubringen und über gesunde Ernährungsgewohnheiten aufzuklären, sagte Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) gestern. Das Kabinett beschloss dazu einen Entwurf, um die Zusammenarbeit zweier EU-Programme umzusetzen.

47 000 Jugendliche ohne Abschluss

Berlin (dpa). Jedes Jahr verlassen in Deutschland knapp 50 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Wie aus einer gestern veröffentlichten Studie des kirchlichen Wohlfahrtsverbands Caritas hervorgeht, zeigt sich in den vergangenen Jahren keine Verbesserung. Danach gab es allein im Jahr 2014 bundesweit rund 47 000 Schulabgänger, die noch nicht einmal einen Hauptschulabschluss hatten.

Volksbund mit Sorgen um Etat

Kassel (dpa). Dem Volksbund Kriegsgräberfürsorge droht ohne Reformen in den kommenden Jahre eine finanzielle Schiefelage. 2016 halten sich Einnahmen und Ausgaben von je 43 Millionen Euro noch die Waage, sagte ein Sprecher gestern in Kassel. Der Verein setzt stammt vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, 13 Millionen Euro steuern Bund und Länder bei. Den Erwartungen zufolge sinken bis 2020 jedoch die Einnahmen um vier Prozent pro Jahr, während die Ausgaben um zwei Prozent steigen.

Personale

Wolfgang Bosbach (64), CDU-Innenpolitiker, ist im Urlaub auf Mallorca in einen nicht richtig abgedeckten Gullyschacht gestürzt. „Ihm ist zum Glück relativ schnell geholfen worden, und er hat sich nichts gebrochen“, sagte sein Büroleiter gestern. Schürfwunden seien ambulant versorgt worden. Der Unfall habe sich vor einer Woche ereignet.

Die Glocke

Verleger und Geschäftsführer: Fried Gehring und Dirk Holterdorf  
 Chefredakteur: Fried Gehring. Stellvertretender Chefredakteur: Dirk Baldus. Chef vom Dienst: Frank Möllers.  
 Nachrichten aus Politik, Westfalen, Wirtschaft und Kultur: Sven Behler, Matthias Bornhorst, Thorsten Bothe, Nicolette Bredenhöller, Thorsten Dübmann, Bernd Evers, Martin Gog, Alfred Mense, Ralf Ostermann, Knut Reimann, Karoline Springer.  
 Berliner Korrespondenten: Andreas Herholz, Rasmus Buchsteiner. Sport: Jörg Staubach (Leitung), Norbert Diekmann (Stv. Leitung), Dietmar Lohmann. Motor: Jörg Staubach.  
 „Glocke am Wochenende“ und Sonderthemen: Mirco Borgmann, Daniela Kinder.  
 Anzeigenleitung: Hans-Georg Hippel. Vertriebsleitung: Michael Berger.  
 Abonnementskündigungen sind nur zum Quartalsende nach Ablauf der vereinbarten Verpflichtungszeit möglich und müssen dem Verlag einen Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Unsere Zusteller nehmen keine Kündigungen entgegen.  
 Monatlicher Bezugspreis per Botenzustellung 29,95 Euro, per Post oder Landzustellung 33,25 Euro, jeweils inklusive 7% Mehrwertsteuer.  
 „Die Glocke“ erscheint wöchentlich sechsmal. Im Falle höherer Gewalt wie bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. besteht kein Anspruch auf Kürzung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandene Texte und Fotos wird keine Haftung übernommen.  
 Rechte für die Nutzung von „Glocke“-Artikeln für elektronische Pressespiegel: PMG Presse-Monitor GmbH, Berlin, Tel. 030/28493-0.  
 Mitglied der ZGW Zeitungsgruppe Westfalen  
 Wöchentlich mit Prisma-Fernsehmagazin  
 Druck und Verlag: E. Holterdorf GmbH & Co KG, Oelde  
 Anschrift für Redaktion und Verlag: Engelbert-Holterdorf-Straße 4/6 · 59302 Oelde Postfach 3240 · 59281 Oelde  
 Fernruf-Sammlennummer 02522/73-0  
 Telefax Redaktion: 02522/73 166  
 Telefax Anzeigenannahme: 02522/73 241  
 Telefax Vertrieb: 02522/73 221  
 E-Mail Redaktion: redaktion@die-glocke.de  
 E-Mail Anzeigen: anzeigen@die-glocke.de  
 E-Mail Vertrieb: vertrieb@die-glocke.de  
 Internet: www.die-glocke.de  
 Sparkasse Münsterland Ost  
 IBAN: DE 51 400 50150 00420 40493  
 BIC: WELADED1MST  
 Volksbank eG, Warendorf  
 IBAN: DE 55 412 62501 50011 31400  
 BIC: GENODEM1HAHL  
 Für die Herstellung der „Glocke“ wird Papier mit bis zu 100% Recycling-Anteil verwendet.